

Der Freisinn

FDP

Nr. 12
Dezember 1984
6. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Zur neuen Finanzplanung des Bundes 1986 bis 1988

Vorrang für Steuererleichterungen!

Der Bundesrat hat, zusammen mit der Aufstellung des Voranschlags 1985, den Legislaturfinanzplan 1986/87 überarbeitet, für 1988 «Perspektiven» ermittelt und das Resultat mit Bericht vom 2. Oktober 1984 den eidgenössischen Räten unterbreitet. Grosse Abweichungen gegenüber dem Legislaturfinanzplan (vom 18. Januar 1984) haben sich nicht ergeben.

Der Bundesrat bekundet Optimismus, dass es gelingen könnte, die Sanierung der Bundesfinanzen kurzfristig zu bewerkstelligen. Dazu seien allerdings die definitive Verabschiedung verschiedener hängiger «Entlastungsmassnahmen» sowie generell eine strikte Ausgabendisziplin unerlässlich. Ausserdem wurde bei der Planung von der Annahme eines gleichmässigen, inflationsarmen Wirtschaftswachstums über die ganze Periode hin ausgegangen. Werden alle Voraussetzungen erfüllt, kann bereits 1986 ein Einnahmenüberschuss von 620 Millionen Franken erwartet werden, dem 1987 ein solcher von 60 Millionen und 1988 ein solcher von 430 Millionen folgen würde.

Reichlicher fließende Einnahmen

Die zum Ausdruck kommende Verbesserung gegenüber dem Le-

gislaturfinanzplan ist auf reichlicher fließender Einnahmen zurückzuführen, insbesondere bei der direkten Bundessteuer und den Stempelabgaben. Der Ertrag der direkten Bundessteuer wird für die Fälligkeitjahre 1986 und 1987 (wie bereits für 1985) um je 400 Millionen Franken höher eingeschätzt, als es im Legislaturfinanzplan geschehen ist; er erreicht insgesamt, d. h. unter Einschluss des Anteils der Kantone (von 30%), 1985 4,9 Milliarden Franken, 1986 5,3 Milliarden, 1987 5,2 Milliarden und 1988 5,5 Milliarden.

Bei diesen Schätzungen ist der Ausgleich der Folgen der kalten Progression gemäss neuer gesetzlicher Regelung ab der Steuerperiode 1985/86 bereits berücksichtigt. Die Einnahmensteigerung ist mit einem stärkeren Wachstum der Einkommen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen

zu erklären. Der Ertrag der Stempelabgaben wird in den Jahren 1985 bis 1988 mit je 1,5 Milliarden Franken eingesetzt, d. h. mit einem Plus von 150 Millionen 1985 und 100 Millionen 1986 im Vergleich zum Legislaturfinanzplan.

Auf der anderen Seite werden gesamthaft auch höhere Ausgaben prognostiziert, wenn auch in einzelnen Positionen die Zahlen des Legislaturfinanzplans reduziert werden konnten. Die Ausgaben drohen jedoch stärker zu wachsen, als es durch die angenommene Teuerung von 3% bis 3,5% jährlich gerechtfertigt wäre, nämlich um durchschnittlich 3,6% pro Jahr, nach Berücksichtigung sämtlicher Entlastungsmassnahmen.

Unvorhergesehenes?

Der Ausblick auf eine Überwindung der Defizitwirtschaft im Bundeshaushalt ist zweifellos positiv zu vermerken, wenngleich das Resultat alles andere als gesichert ist. So signalisiert der Bundesrat selber, dass beispielsweise verschiedene Revisionsvorhaben im Bereich der Sozialversicherung (Invalidenversicherung, 10. AHV-Revision, Krankenversicherung) und allfällige Preisrunden in der Landwirtschaft nicht berücksichtigt seien, die mit beträchtlichen Mehrausgaben verbunden sein könnten. Es steht aber durchaus nicht fest, dass entsprechenden Begehrlichkeiten stattgegeben und Mehrkosten von der Bundeskasse übernommen werden müs-

Fortsetzung auf Seite 2

Zur Diskussion um die Parteienfinanzierung

Parteien im Dilemma?

Ausgelöst durch die Ereignisse in unserem nördlichen Nachbarland, wurde das Thema Parteienfinanzierung auch in der Schweiz zu einem Diskussionsgegenstand. Nachstehend zwei Beiträge, die sich mit der Parteienfinanzierung sowie der neuen Rolle der Parteien in einer veränderten Umwelt beschäftigen.

Der Präsident der FDP des Kantons Zug, Regierungsrat Andreas Iten (Unterägeri), der auch Mitglied der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz ist, erläutert in

einem ersten Aufsatz, weshalb Parteispenden nicht suspekt sind. Der SVP-Nationalrat Dr. Peter Sager (BE) äussert sich zu den Nöten der politischen Parteien.

Iten: Parteispenden sind nicht suspekt



Zu den erlaubten Abzügen vom Roheinkommen zählen nach zahlreichen kantonalen Steuergesetzen auch die Zuwendungen an Institutionen, die eine gemeinnützige, wohltätige, kirchliche, wissenschaftliche oder kulturelle Tätigkeit ausüben. Die Höhe des abzugsberechtigten Betrages variiert von Kanton zu Kanton. Der Gesetzgeber wollte mit dieser Norm die private Spendentätigkeit animieren und die Grossherzigkeit von Gönnern belohnen.

In den letzten Wochen wurde die Spendentätigkeit an die Parteien auch in der Schweiz zu einem Thema, das allerdings hierzulande im Unterschied zu Deutschland wenig Leute bewegte, aber immerhin gross aufgetischt wurde. Sollte der Eindruck erweckt werden, dass Parteispenden suspekt und anrühlich seien, so muss dieser korrigiert werden. Die Parteien erfüllen in einem demokratischen Staat eine bedeutende Funktion.

Nutzen für die Allgemeinheit

Welchem der Begriffe des Steuergesetzes die Tätigkeit zugeordnet werden kann, ist auf Anhieb nicht so klar. Sicherlich ist die Parteiarbeit keine kirchliche, wissenschaftliche oder wohltätige. Wollte man sie wohltätig nennen, gäbe es sofort Uneinigkeit bei der Frage: «Wohltätig wofür?» Die Parteiarbeit darf aber sicherlich als gemeinnützig und kulturell bezeichnet werden.

Der Nutzen für die Allgemeinheit würde sofort auffallen, wenn niemand mehr wahrnehmen würde, was die Parteien tun, nämlich den politischen Nachwuchs auswählen und schulen. Die Schulung geschieht freilich nicht in einem gezielten Unterricht, vielmehr in der Teilnahme der Interessierten an Veranstaltungen und Kommissionen.

Für den Bürger fassbar

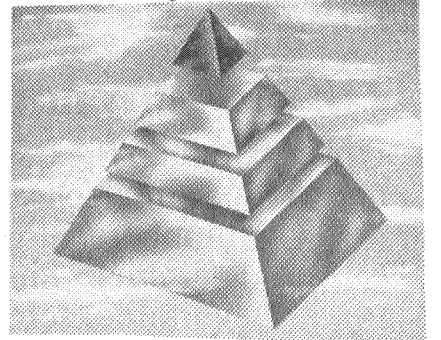
Die Arbeit der Parteien ist auch eine kulturelle Tätigkeit. Durch die Selbstdarstellung des politischen Credos, sei das durch Vorträge oder durch Zeitungsartikel, werden die unterschiedlichen Ideen, wie man das staatliche und gesellschaftliche Leben gestalten soll, für den Bürger fassbar. Diese Selbstdarstellung findet im Wahlkampf jeweils einen Höhepunkt. Und obwohl Wahlkämpfe oft auch von schrillen Nebentönen begleitet sind, so bieten sie dem Volk doch die Chance der Orientierung. Die Parteien versuchen ihren geistigen Standort immer wieder deutlich zu machen. Und diese Arbeit darf man gewiss als kulturelle bezeichnen.

Parteiarbeit ist nicht minderwertig

Es gibt nun freilich Exponenten des kulturellen Lebens, die eine

Fortsetzung auf Seite 7

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Kaum ist ein eidgenössischer Urnengang vorbei, so kündigt sich bereits die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz an, um Abstimmungsempfehlungen für die nächste «Runde» zu beschliessen. In diesen Tagen erhalten die Delegierten die Einladung für die a. o. Delegiertenversammlung vom 26. Januar (10 Uhr, Kursaal, Bern). Parteimitglieder, die nicht Delegierte ihrer Kantonalpartei sind, können mit beratender Stimme teilnehmen. (Photo ruti)



Gegen PTT-Leistungsabbau auf Kosten der Presse

Stellungnahme der FDP-Studiengruppe für Medienpolitik

Gegen einen Leistungsabbau der PTT auf Kosten der Presse hat sich die Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) ausgesprochen. Sie stellt sich gegen die Absicht der PTT, auf die generelle Nachvertrugung von eiligen Zeitungen am Erscheinungstag zu verzichten. Ein solcher Schritt hätte nicht nur kommunikationspolitische Auswirkungen, wie das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) geleitete Gremium festhält, sondern würde besonders die lokale und regionale Presse treffen. Diese sähe sich vor schwerwiegende Probleme, wenn nicht gar vor die Existenzfrage gestellt.

Die FDP-Studiengruppe lehnt auch aus informationspolitischen Überlegungen und im Interesse einer fairen Konkurrenz zwischen den Medien das Ansinnen der PTT ab. Mit einem solchen Schritt würde zudem der Konzentrationsprozess bei den Zeitungen gefördert und die Monopol- sowie Beinahe-Monopol-Stellungen einzelner Zeitungstitel gestärkt, da keine Zweitzeitungen mehr am Erscheinungstag durch die PTT vertragen würden. Die Studiengruppe begrüsst, dass die Kostenstrukturen für die Zeitungsverteilung bei der PTT endlich einer einlässlicheren Überprüfung unterzogen werden. Sie ist sich bewusst, dass das Festhalten an der Nachvertrugung mit personellen Konsequenzen verbunden ist; sie erwartet aber, dass vorerst alle Rationalisierungsmöglichkeiten im ganzen Bereiche der PTT ausgeschöpft werden. Über die Haltung der PTT liess sich die Studiengruppe durch Otto Caprez, Direktor der Postdienste, informieren, während FDP-Nationalrat Dr. Kurt Müller, Chef der Inlandredaktion der NZZ, die Position der Presse erläuterte.

FDP begrüsst Mitwirkungsgesetz

Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

Der Entwurf für ein Bundesgesetz über die Mitwirkung der Arbeitnehmer wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, entspricht der Antrag für ein Mitwirkungsgesetz für Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene ihren mitbestimmungspolitischen Vorstellungen. Die FDP unterstützt deshalb den Gesetzesentwurf mit Nachdruck, stellt er doch eine Möglichkeit dar, aus der mitbestimmungspolitischen Sackgasse herauszukommen und den Arbeitnehmern in einer Welt des technologischen Wandels endlich die ihnen zustehenden Mitwirkungsrechte zu sichern.

In ihrer Verlautbarung erinnert die FDP daran, dass nach dem Scheitern der Mitbestimmungs-Initiative und des Gegenvorschlags im Jahre 1976 das Thema nie aus der politischen Diskussion gekommen ist. Dabei habe es sich gezeigt, dass jede Form der Mitbestimmung nicht konsensfähig und auf Verfassungsebene nicht abgedeckt sei. Deshalb hatte die FDP der Schweiz bereits 1977 vorgeschlagen, einen pragmatischen Weg zu gehen, und beantragt, eine Lösung der Mitwirkungsproblematik auf betrieblicher Ebene über ein Rahmengesetz vorzusehen. Die von der FDP in die Diskussion gebrachten Grundsätze für ein Gesetz über die betriebliche Mitbestimmung zeigten einen rasch gangbaren Weg.

Der nun zur Diskussion stehende Entwurf fügt sich nach Meinung der Partei gut in das Arbeitsrecht ein. Zudem nimmt er Rücksicht auf partnerschaftliche Übereinkommen. Die Konzeption der Betonung der betrieblichen Gemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entspricht der mitwirkungspolitischen Leitlinie der FDP, weshalb sie auch den Grundsatz der Vorrangigkeit des Vertrages vor

dem Gesetz unterstützt. Die Partei schlägt vor, dem Gesetz Betriebe erst ab 50 Mitarbeitern (Entwurf ab 20 Mitarbeitern) zu unterstellen. Den Einbezug von Betrieben mit weniger als 50 Mitarbeitern erachtet sie als realitäts- und betriebsfremden Überbau, der die Betriebsgemeinschaft nur stören könnte, da sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch persönlich kennen.

Auf dem richtigen Weg

Die FDP zum zweiten Paket der Aufgabenverteilung

Das Mitte November präsentierte zweite Paket von Vorschlägen zur Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen wird – gesamtheitlich gesehen – von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Mit Genugtuung nimmt sie davon Kenntnis, dass das im Laufe der Jahrzehnte entstandene undurchschaubare Geflecht von Kompetenzen, Subventionen und Abhängigkeiten zwischen Bund und Kantonen weiter entwirrt werden soll. Positiv wertet deshalb die FDP die vorgesehene Herabsetzung der Regelungsstärke, den Verzicht auf Bagatellsubventionen wie generell die anvisierte Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung.

Nach Ansicht der FDP kommt der Aufgabenverteilung neben ihrer vorrangigen staatspolitischen Bedeutung durch die Weiterentwicklung der föderativen Ordnung auch eine finanzpolitische zu: Durch die Verschiebung näher zum Bürger können öffentliche Aufgaben wirtschaftlicher erfüllt werden, weil die Verantwortung für das Finanzgebahren näher beim Einzelnen liegt. Das zweite Paket zielt in dieser Richtung, weshalb es grundsätzlich von der FDP unterstützt wird. – Im Vernehmlassungsverfahren wird die Partei zu den einzelnen vorgeschlagenen Massnahmen einlässlich Stellung beziehen.

Zustimmung mit Vorbehalten

Die FDP zum Bundesgesetz über die Konsumenteninformation

Dem Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Förderung der Konsumenteninformation pflichtet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) zu. Als teilweise unnötig und überflüssig erachtet sie den gleichzeitig vorgelegten Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Bereiche des Vertrags- und Wettbewerbsrechts. Dies geht aus der Stellungnahme der Partei im Vernehmlassungsverfahren hervor.

Die FDP unterstreicht, dass sie sich seit langem zu einer modernen, aktiven Konsumentenpolitik bekennt, obwohl das marktwirtschaftliche System des freien Wettbewerbs dem Konsumenten eine weitgehende Befriedigung seiner Bedürfnisse an Waren und Dienstleistungen zu vorteilhaften Preisen gewähre. Nötig sei jedoch der Schutz des Konsumenten als Individuum vor Missbrauch, Irreführung und schlechter Leistung. In diesem Sinne tritt die Partei für eine bessere objektive Information des Konsumenten ein. Sie befürwortet deshalb auch den Ausbau der Warentests sowie die Warendeklaration. Aus diesen Gründen pflichtet sie den beiden Entwürfen im Grundsatz bei, erhebt aber gegenüber einzelnen Bestimmungen Vorbehalte und schlägt Änderungen sowie Streichungen vor.

Die FDP hält die gewählte Umschreibung der Deklarationspflicht für zu absolut und kaum praktikabel. Sie verlangt deshalb, dass der Grundsatzartikel über die Deklaration einschränkender formuliert wird. Gefordert wird bei der Subventionierung der Konsumentenorganisationen eine genauere Abgrenzung der unterstützungsberechtigten Informationstätigkeit sowie ein Einsichtsrecht des Anbieters an die ihn betreffenden Testakten. Die Partei unterstützt die Absicht, nach Lösungen zu suchen für die Einführung eines Widerrufsrechts des Konsumenten bei Haustürgeschäften, Verkaufsparties, Werbecaravans und dergleichen. Sie schlägt jedoch vor, diese Regelung auf das Vorliegen von Missständen zu beschränken und damit klar einzugrenzen. Abgelehnt wird der vorgeschlagene neue Unlauterkeitsbestand im Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, da dieser dem dispositiven Charakter der obligationenrechtlichen Gewährleistungspflicht widerspreche. Ebenso wird die anvisierte Beweislastumkehr für Tatsachenbehauptungen in der Werbung von der FDP verworfen.

Bereits Tradition: «Zibelemärit-Treffen»



Zu einer Tradition geworden ist das jährliche Zusammentreffen der FDP-Fraktion der Bundesversammlung mit der Bundeshauspresse im Vorfeld der Wintersession der eidgenössischen Räte. Da diese Veranstaltung zumeist kurz vor oder nach dem Berner Zibelemärit stattfindet, trägt sie den Namen «Zibelemärit-Treffen». Nach einer Aussprache, in welcher von den Medienschaffenden aktuelle Themen aufgegriffen und Partei- sowie Fraktionsleitung Fragen gestellt werden können, folgt ein Imbiss, der Gelegenheit gibt, bestehende Kontakte zwischen den Parlamentariern und den Bundeshausjournalisten zu vertiefen oder neue zu knüpfen. Dieses Jahr äusserte sich beim Zusammentreffen Bundesrätin Elisabeth Kopp über ihre ersten Erfahrungen als Mitglied der obersten Landesbehörde, und Generalsekretär Leuenberger würdigte das Jubiläum «25 Jahre Zauberformel» aus der Sicht der FDP. (Seine Ausführungen sind an anderer Stelle in dieser «Freisinn»-Ausgabe stark gekürzt zu lesen.) Zu unseren Bildern (Photos ruti) v. o. n. u.: Bewusst und dennoch charmant präsentierte sich die FDP-Bundesrätin der Presse-Links neben ihr FDP-Generalsekretär Leuenberger, rechts ist noch Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (Montreux VD) zu erkennen. Auf dem mittleren Bild begrüsst Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz seine freisinnige Bundesratskollegin; links Parteipräsident Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), rechts Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH), Vizepräsident der Fraktion. Das unterste Bild zeigt, dass sich die Politiker und Journalisten zum ungezwungenen Gespräch getroffen haben.

Fortsetzung von Seite 1

sen. Das bedeutet zwar oft den Weg des geringsten Widerstandes, aber durchaus nicht immer die rationellste Problemlösung.

Konsequent bleiben

Nicht beipflichten kann man dem Bundesrat, wenn er die Notwendigkeit einer Beendigung der Defizitperiode vor allem damit begründet, dass der Bund die «seit Jahren vermisste Handlungsfreiheit» wieder zurückgewinnen müsse, um damit künftigen Problemen aktiv begegnen zu können. Das ist nichts anderes als eine Voreinladung, neue Forderungen nach Ausgabenvermehrung zu erheben, womit der Rechnungsausgleich, kaum zustande gebracht, wieder in Frage gestellt würde.

Die im Bericht angefügte Liste entsprechender Aufgabengebiete ist nicht überzeugend. So könnte

man zu dem dort postulierten «Ausbau öffentlicher Verkehrsnetze» einwenden, dass sich ein solcher Ausbau im Prinzip nur rechtfertigt, wenn der Verkehr selbsttragend ist; die betreffenden Aufwendungen müssten somit als Investitionen charakterisiert werden, die sich selbst verzinsen und amortisieren und nicht einfach als laufende Ausgaben im Bundeshaushalt in Erscheinung treten dürfen. Dieser Grundsatz muss jedenfalls bei der Neuen Haupttransversale oder ähnlichen Projekten zur Anwendung kommen. Das gleiche gilt für die als notwendig erachtete «ressourcenschonende Energiepolitik».

Nicht mehr Steuern

Aus der Sicht der Wirtschaft müsste die Priorität vielmehr darin liegen, die in Aussicht stehende Handlungsfreiheit zu nutzen, um fiskalische Erleichterun-

gen zu gewähren und damit die in der Vergangenheit forcierte Erhöhung der Steuerbelastung zu korrigieren. Es fehlt nicht an begründeten Begehren. Erinnert sei an den dringend gewordenen Abbau der Investitionsbesteuerung im Rahmen der Warenumsatzsteuer, an die Milderung der Doppelbelastung ausgeschütteter Gewinne von Aktiengesellschaften und an die Ermässigung der Stempelabgaben. Solches scheint indessen dem Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements kein Anliegen zu sein, hat er doch kürzlich in einem Referat an der Hochschule St. Gallen unzweideutig einer Verschärfung der Bundesfiskalität das Wort geredet, die der Eidgenossenschaft auf das Jubiläum ihres 700-jährigen Bestehens 1991 hin konzediert werden solle, wodurch dann offenbar die neue Ausgabenexpansion zu finanzieren wäre.

IRG-Referendum

Unterschreiben Sie den auf Seite 5 abgedruckten Talon. Unterschreiben Sie zusammen mit Ihren stimmberechtigten Familienangehörigen, und sammeln Sie auch Unterschriften in Ihrem Bekanntenkreis. Achtung: Auf dem Talon dürfen nur Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unterschreiben, die in der gleichen Gemeinde wohnen. – Weitere Talons können auf dem FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern, bezogen werden.

Ein historischer Rückblick

25 Jahre Zauberformel

Am 17. Dezember feiert die sogenannten Zauberformel – die Verteilung der sieben Bundesratssitze auf 2 CVP-, 2 FDP-, 2 SP- sowie 1 SVP-Vertreter – das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens. «Der Freisinn» hat den langjährigen Bundeshausjournalisten und intimen Kenner der jüngeren Geschichte des schweizerischen Bundesstaates, Dr. h. c. Hermann Böschenstein, gebeten, den Weg zur Zauberformel aufzuzeichnen:

Am 17. Dezember 1959 hatte die Vereinigte Bundesversammlung für die zurückgetretenen Bundesräte Etter, Streuli, Hohenstein und Lepori vier Ersatzwahlen in den Bundesrat vorzunehmen. Dazu kamen drei Bestätigungswahlen. Bei einem absoluten Mehr von 111 wurde im ersten Wahlgang Bundesrat Max Petitpierre mit 213 Stimmen wiedergewählt, im zweiten Wahlgang bei einem absoluten Mehr von 107 Bundesrat Paul Chaudet mit 198, im dritten Wahlgang bei einem absoluten Mehr von 113 Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen mit 215 Stimmen.

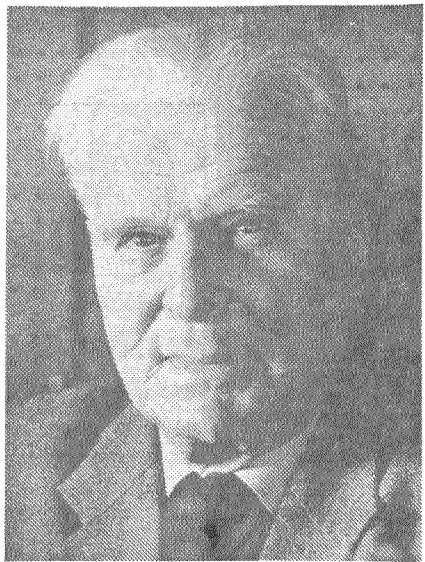
Die Neuwahlen

Im vierten Wahlgang wurde neu bei einem absoluten Mehr von 117 der Freiburger Ständerat Jean Bourgnone gewählt. Auf Nationalrat Tenchio entfielen 44, auf Nationalrat Bonvin 42 Stimmen. Im fünften Wahlgang wurde bei einem absoluten Mehr von 114 mit 149 Stimmen der Zürcher Ständerat Willy Spühler gewählt. Auf den St. Galler Nationalrat Eggenberger entfielen 28, auf Tenchio 15, auf Minister Hans Schaffner 15 Stimmen. Im sechsten Wahlgang wurde bei einem absoluten Mehr von 114 mit 148 Stimmen der Obwaldner Ständerat Ludwig von Moos gewählt. Auf Tenchio kamen 39, auf Bonvin 30 Stimmen.

Umstrittener siebter Sitz

Dann erfolgte der erfolglose siebente Wahlgang. Bei einem absoluten Mehr von 116 erhielt der Basler Ständerat Hans-Peter Tschudi 73, der offizielle Kandidat der sozialdemokratischen Fraktion, der Schaffhauser Nationalrat Walther Bringolf, 66 Stimmen. Tschudi dankte für das ihm erwiesene Vertrauen und ersuchte die Versammlung, den parteioffiziellen Kandidaten zu unterstützen. Im nächsten Wahlgang erhielt Tschudi bei einem absoluten Mehr von 117 107 Stimmen, auf Bringolf noch 34. Nun erhob sich seine Parteifreunde, die ihn allerdings schon im 2. Wahlgang zum Teil im Stiche gelassen hätten (die Erklärung löste Heiterkeit aus), im 3. Wahlgang von der Stimmabgabe zu seinen Gunsten. Im entscheidenden dritten Umgang wurde daraufhin bei einem absoluten Mehr von 116 Tschudi mit 129 Stimmen gewählt; 97 entfielen auf Schaffner.

So wurde «in dieser wohl denkwürdigsten Bundesratswahl



seit Bestehen des Bundesstaates», wie der Geschichtsschreiber der «Zauberformel», der in Biel tätige Arthur Fritz Reber, sich ausdrückt, zum erstenmal eine Vierpartei-Regierung bestellt. Sie hat eine lange Vorgeschichte, in der natürlich die Einführung des Nationalratsproporz im Jahre 1919 eine massgebliche Rolle spielt.

Das Ende der freisinnigen Alleinherrschaft

Wenn gelegentlich von einer freisinnigen Alleinherrschaft von 1848 bis 1891, dem Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft, als mit dem Luzerner Katholisch-konservativen Joseph Zemp erstmals ein Vertreter der im Sonderbundskrieg unterlegenen Partei gewählt wurde, die Rede ist, so ist festzuhalten, dass die «Grossfamilie», wie der Politologe Erich Gruner den Freisinn zutreffend nennt, recht verschiedene Glieder aufwies. Der Waadtländer Bundesrat Paul Cérésolle, am 1. Februar 1870 gewählt und Ende 1875 zurückgetreten, wurde beispielsweise von den Radikalen seines Kantons heftig bekämpft. Als er einst in einer Versammlung als Ausländer beschimpft wurde – er war als Waadtländer geboren, zehn Jahre zuvor hatte sich sein aus dem piemontesischen Cérésolle stammender Vater in Vevey eingebürgert –, antwortete er, sein Onkel habe am 5. März 1798 bei Neuenegg ein französisches Bataillon kommandiert und damit zur Befreiung der Waadt von Bern beigetragen. Er zählte zu den Vertretern des liberalen Zentrums wie auch der Solothurner Bundesrat Bernhard Hammer (Bundesrat von 1875 bis 1890), der seinen Aufstieg bei den «Grauen» begonnen hatte, die in der Zeit von 1856 bis 1872 in scharfem Gegensatz zu den «Roten» der freisinnigen Richtung Vigiers standen.

Als im Frühjahr 1897 der freisinnige Basler Regierungsrat Ernst Brenner in den Bundesrat gewählt wurde, was ihm erst im vierten Wahlgang gelang, wäre um ein Haar der hervorragende Basler Regierungsrat und Nationalrat Paul Speiser, der Vater des nachmaligen Aargauer National- und Ständerats Ernst Speiser, als Vertreter der Liberal-Konservativen gewählt worden. Vierzig Jahre nach der Gründung des Bundesstaates starb der wohl bedeutendste Konservative Anton Philipp von Segesser, der «Kriegsratsschreiber» im Sonderbundskrieg, der seinen Groll ge-

gen den Bundesstaat nie überwunden hatte, und drei Jahre später kam mit Bundesrat Zemp eine neue, kooperationsbereite Generation zum Zuge. Nach dem Ersten Weltkrieg und im Zeichen des ersten nach Proporz gewählten Nationalrats wurde der zweite konservative Vertreter, Jean-Marie Musy, als erster Freiburger in den Bundesrat gewählt.

SP und Bundesratsbeteiligung

Die Sozialdemokraten, die 1919 mit 41 Vertretern in den Nationalrat einzogen, beschlossen mit Zweidrittelmehrheit, sich an den Bundesratswahlen nicht zu beteiligen. Die Frage kam aber in der Folge nie zur Ruhe, bis nach dem Rücktritt des Zürcher Bundesrats Haab 1929 mit einer Kandidatur des angesehenen Zürcher Ständerats Emil Klöti, der es im dritten Wahlgang auf 63 Stimmen gebracht hatte, die Beteiligung stattfand. Kurz vor der Wahl hatte aber der Parteitag beschlossen, «den Kampf gegen den Militarismus und seine Rüstungen mit allem Nachdruck weiterzuführen».

Dieser Beschluss entzog der SP-Kandidatur alle Chancen. In der Folge kam es bei allen Bundesratswahlen zur Aufstellung einer demonstrativen Kandidatur. In diesem Zusammenhang muss aber daran erinnert werden, dass der Bundesrat, nachdem das Oltnere Streikkomitee am 11. November 1918 die «ungesäumte Umbildung der bestehenden Landesregierung» gefordert hatte, Hand bieten wollte zu einer Erhöhung der Mitgliederzahl des Bundesrates von 7 auf 9 und zu einer Zweiervertretung der SP.

Der erste SP-Bundesrat

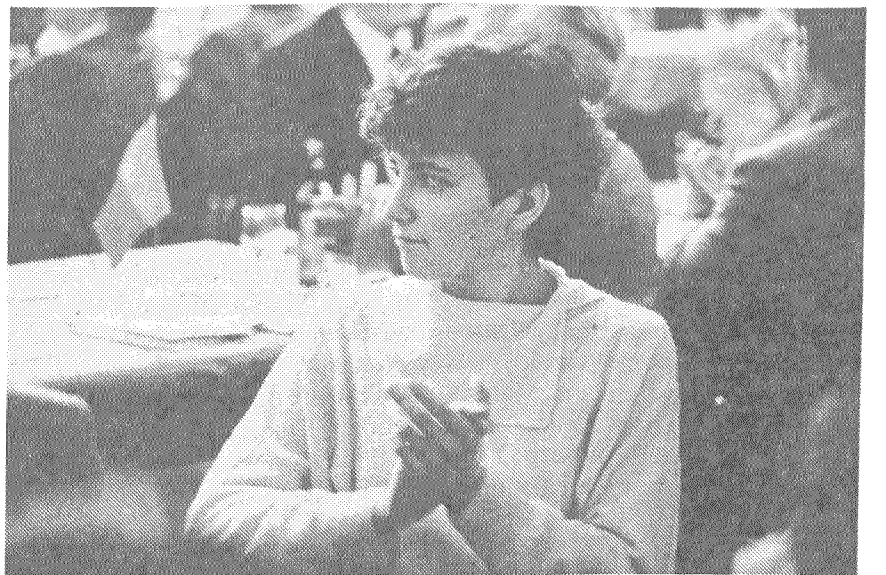
Ende 1938 trat der Zürcher Bundesrat Albert Meyer zurück. In weiten Kreisen der Bürgerlichen wurde die Meinung geäussert, am Vorabend der Weltkriegsgefahr und angesichts der nun von der SP bekundeten Bereitschaft zur Bejahung der militärischen Landesverteidigung und Preisgabe der alten Klassenkampffideologie sollte der SP ein Sitz zugestanden werden. Nach lebhaften innenpolitischen Auseinandersetzungen wurde indessen am 15. Dezember 1938 der freisinnige Zürcher Ernst Wetter bei einem absoluten Mehr von 108 mit 117 Stimmen im ersten Wahlgang in den Bundesrat gewählt. Auf Ständerat Klöti entfielen 98 Stimmen. Wetter trat bereits nach fünf Jahren zurück.

Mitten im Zweiten Weltkrieg und nachdem die SP-Fraktion in der Bundesversammlung mit 60 Vertretern gleich stark wie die CVP geworden war und den Freisinn noch mit einem mehr überflügelt hatte, konnte ein SP-Bundesrat nicht mehr umgangen werden. Bei einem absoluten Mehr von 91 wurde am 15. Dezember 1943 der Zürcher Regierungsrat und Nationalrat Ernst Nobs mit 122 Stimmen gewählt; 38 entfielen auf den Freisinnigen Gut, 12 auf den St. Galler SP-Nationalrat Huber.

... und der erste SVP-Vertreter

1929 wurde der verstorbene freisinnige Berner Bundesrat Karl Scheurer unbestritten durch den Führer der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei und -fraktion, die 34 Mitglieder zählte, Rudolf Minger, ersetzt. 1919, nach ihrem Wahlsieg im Kanton Bern, war die BGB-Fraktion nicht in der Lage, einen aussichtsreichen Kandidaten zu präsentieren.

1951 wurde Nationalrat Max Weber Nachfolger von Bundesrat Nobs, trat aber Ende 1953 nach der Verwerfung der Bundesfinanzvorlage überraschend zurück, und die SP beschloss, in den «Jungbrunnen der Opposition» einzutauchen. An Webers Stelle



Die Jungliberale Bewegung der Schweiz (JBS) wird seit kurzem von einer Frau präsidiert: der 23jährigen Informatikstudentin Isabelle Vogt aus Riddes (VS).

wurde der freisinnige Zürcher Regierungsrat Hans Streuli gewählt.

Die CVP-SP-Koalition

Ende 1954 traten die Bundesräte Rodolphe Rubattel und Karl Kobelt zurück, und am 4. Dezember starb Bundesrat Escher im Nationalratsaal. Die Vertretung der Ostschweiz ging unbestritten an die CVP über, deren Kandidat Nationalrat Thomas Hohenstein am 16. Dezember 1954 für Escher bei einem absoluten Mehr von 108 mit 182 Stimmen gewählt wurde. Bei einem absoluten Mehr von 110 wurde anschliessend der Waadtländer freisinnige Staatsrat und Nationalrat Paul Chaudet mit 135 Stimmen gewählt, wobei auf den Tessiner Pini 52 Stimmen entfielen.

Für die Nachfolge Kobelts wollten die Freisinnigen die Nordwestschweiz berücksichtigen und stellten den Basler Regierungsrat und Nationalrat Alfred Schaller auf. Inzwischen waren mannigfache Kontakte zwischen CVP und SP unterhalten worden, in deren Verlauf der SP zugesichert wurde, im Falle der Wahl eines CVP-Bundesrates werde dies nur als Übergangslösung betrachtet und die CVP sei dann bereit, zugunsten einer SP-Kandidatur auf diesen dritten Sitz zu verzichten. Die CVP stellte die Kandidatur des Tessiner Staatsrats Giuseppe Lepori auf, womit sie dem Ruf der Tessiner nach einer Vertretung im Bundesrat entgegenkam; Aleardo Pini war in der eigenen Fraktion nicht durchgedrungen. Bei einem absoluten Mehr von 116 erreichte Lepori bereits 112 Stimmen, Schaller 61, und 18 entfielen auf den Basler Liberalen Jaquet, 24 auf Pini. Im zweiten, entscheidenden Wahl-

gang wurde Lepori bei einem absoluten Mehr von 117 mit 128 Stimmen gewählt, auf Schaller kamen noch 70, auf Pini 14.

Weg vorgezeichnet

Damit war der Weg zur «Zauberformel» 2:2:2:1 vorgezeichnet; er wurde fünf Jahre später begangen. Die Reaktion beim Freisinn war geteilt. Einerseits weckte das Ad-hoc-Wahlbündnis von Rechts und Links begreifliche Bedenken, andererseits gab es Stimmen, die den vierten Sitz im Bundesrat als Belastung empfunden hatten. Die CVP bemühte sich, den eigenen Leuten nahezubringen, es habe sich bei dieser Allianz mit der SP nur um eine vorübergehende taktische Massnahme gehandelt. Die NZZ hielt eine rot-schwarze Allianz nicht für lebensfähig.

Wie stehen die Regierungsparteien nach einem Vierteljahrhundert Erfahrungen zur Vierpartei-Regierung und zur Zusammenarbeit? Selbstverständlich gibt es innerhalb des Kollegiums Auseinandersetzungen und Mehrheitsentscheide, wie übrigens auch zwischen 1848 und 1891 der angeblich einheitlich freisinnige Bundesrat oft tief gespalten war. Erstaunlicherweise aber wird die Formel ausgerechnet von jener Partei angefochten, die den grössten Gewinn davon hatte, der SP, die am Ende dieses ersten Vierteljahrhunderts mit der Absicht zurückzuziehen. Während an der Aufrechterhaltung des Proporzwahlverfahrens für den Nationalrat kaum zu zweifeln ist, steht der Bundesrats-Proporz auf schwächeren Füßen. Der Gang der Politik kann auch im Zeitalter des Computers nicht mit Sicherheit vorausberechnet werden.

Rwanda – FDP-Sonderreise in ein Drittwelt-Land

Wiederholung der erfolgreichen FDP-Reise vom 1984.

Reisetermin: 23.–31. März 1985

Das Ziel dieser Reise ist wiederum der Besuch von verschiedenen Entwicklungsprojekten unter kundiger lokaler Führung. Aber auch das Touristische wird nicht zu kurz kommen: eine orientierende Rundfahrt in Kigali, ein Ausflug in den benachbarten Akagera-Nationalpark mit Pirschfahrten, Besuch einer Tee- und Kaffeeplantage sowie eine abenteuerliche Gorilla-Safari am Kivu-See. Kurz gesagt, eine exklusive Informationsreise abseits des üblichen Touristenstroms.

Richtpreis: Fr. 4900.– für ein «Alles-inbegriffen-Programm» inkl. kompetente deutschsprachige Reiseleitung, sämtliche Besuche, Rundfahrten und Unterkunft mit Vollpension.

Die Teilnehmerzahl ist beschränkt. Erfahren Sie mehr über diese aussergewöhnliche Reise und verlangen Sie mit untenstehendem Talon das detaillierte Reiseprogramm.

Informationstalon

Senden Sie mir bitte unentgeltlich das Detailprogramm für die FDP-Informationsreise nach Rwanda.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Einzusenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Fragen Sie doch einen Boesch Kunden!

Nicht nur für Tenniscracks

geeignet sind das FDP-Stirnband und die beiden Gelenkstulpen: sondern auch (was demnächst aktuell wird) zum Skifahren und Langlaufen. Aber auch Jogger haben ihren Plausch daran (zumindest ein freisinniger Jogger – von Haus aus Regierungsrat – ist mit diesen FDP-Insignien anzutreffen...). Material: 90 Prozent Baumwolle, 5 Prozent Nylon und 5 Prozent Latex. Sehr saugfähige Qualität. Und selbstverständlich in den FDP-Farben (Weiss/Blau/Rot. Preis pro Set (d. h. Stirnband plus zwei Gelenkstulpen): 10 Franken.

Bitte senden Sie mir... Set(s) FDP-Stirnband mit zwei Gelenkstulpen zum Preis von je 10 Franken (inkl. Porto und Verpackung).

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Talon bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Türen Schreinerei Trennwände Innenausbau Fenster

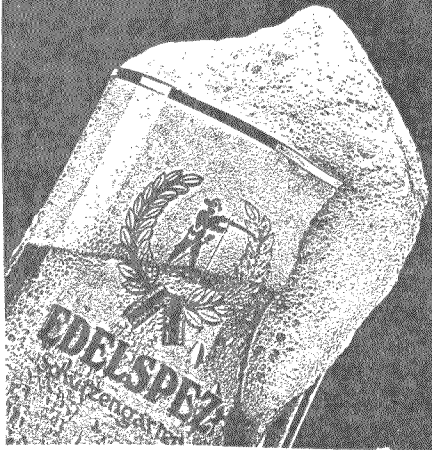
Theodor Schlatter & Co. AG
9009 St. Gallen

Espenmoosstrasse 6, Tel. (071) 26 35 75, Telex 71 895
 Weitere Gesellschaften in: Winterthur, Basel-Riehen, Bern, Suhr, Biasca

FIFDP90665



ST. GALLER SPITZE.



Werner F. Nauer
 Beratungen

-Rekrutierung/Selektion
 leistungswillige Nachwuchskräfte, Kader,
 Verkaufleute

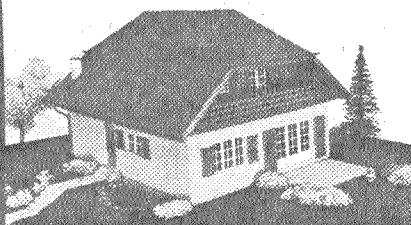
-Eignungsuntersuchungen

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

EINFAMILIENHAUS

zum garantierten Festpreis von

Fr. 230 000.—



Verlangen Sie gratis Farb-Katalog

Absender: _____

MASSIVNORMBAU

Andres AG
 Türmlihausstrasse 24
 4503 Solothurn
 Telefon 065 22 29 22

WUNDER

erwarten Sie bitte nicht, doch unsere Kenntnisse und unsere langjährige Erfahrung, stellen wir Ihnen voll zur Verfügung. Wir sind drei Damen und wir wollen Sie seriös und individuell beraten.

Introduction

EHE-PARNERWAHLINSTITUT
 FÜR ANSPRUCHSVOLLE

Frau M. Th. Kläy
 Neugasse 45, 3001 Bern
 Telefon 031/22 21 12

Verlangen Sie die Unterlagen, Sie werden weder angerufen noch von einem Vertreter besucht.
 (Überregional/ International)
 (Staatlich eingetragen seit 1956)

Garten- und Landschaftsarchitekten,
 Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, sanieren
 und pflegen auch Ihren Garten
 für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
 Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

wo wir

finden Sie schöne
 Eigentumswohnungen
 Ferienhäuser,
 Mehrfamilienhäuser
 Cony AG
 Postfach 8033 Zürich
 Telefon (01) 363 55 77

verkaufen im Auftrag
 Eigentumswohnungen,
 schöne Ferienhäuser,
 Mehrfamilienhäuser...
 Rufen Sie uns an
 Cony AG
 Postfach 8033 Zürich
 Telefon (01) 363 55 77



Am Anfang
 jeder starken
 Werbung
 steht
 das Inserat.



**In Ihrem Auftrag
 vermitteln wir
 Liegenschaften
 jeder Art.**

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
 SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
 TEL. 01 31613 33, TELEX 822621 (SBM)

OSTSCHWEIZ

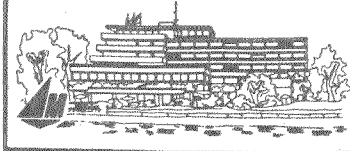
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
 Tel. (071) 23 35 35
 Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
 de la Confrérie de la
 Chaîne des Rôtisseurs



ASH
 AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Charly's Rôtisserie
 Gartenrestaurant
 Seeterrasse beheizt
 Delphin-Bar
 Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
 mit geheiztem Schwimmbad
 Hot Whirl Pool Sauna Fitness
 Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE

CH-7320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77247, Dir. Charles Delvaux



verkauft:

Eigentumswohnungen in unverbaubarer Aussichtslage an der Kürbergstrasse in Zürich-Höngg
6-Zimmerwohnungen
 in renoviertem Altbau
4 1/2-Zimmer-Dachwohnung
 in renoviertem Altbau
4 1/2-Zimmer-Maisonette-Wohnungen
 in Neubau
2 1/2-Zimmer-Attikawohnung
 in Neubau

Günstiges Preis-/Leistungsverhältnis.
 Zeitgemässer, gepflegter Ausbau.
 Bezug: Frühjahr 1985.
 Auskunft und Dokumentation:

LBZ

Liberales Baugenossenschaft Zürich
 Freiessstrasse 47, 8032 Zürich
 Verkauf: Telefon 01 31613 50



'Papier bleibt hier'
 *weil - beispielsweise - mit dem Erlös der «Gemeinnützigen Zürcher Papierabfuhr» regelmässig die «Pro Juventute» unterstützt wird.



Am Gallusplatz

Restaurant gastronomique

9000 St. Gallen

(vis-à-vis Kathedrale)

H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
 (erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 11.00 bis 14.30 Uhr Montag geschlossen
 18.00 bis 22.00 Uhr Rôtisserie - Restaurant
 Gewölbekeller für Gesellschaften

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläger oder Eisenwarenhändler.

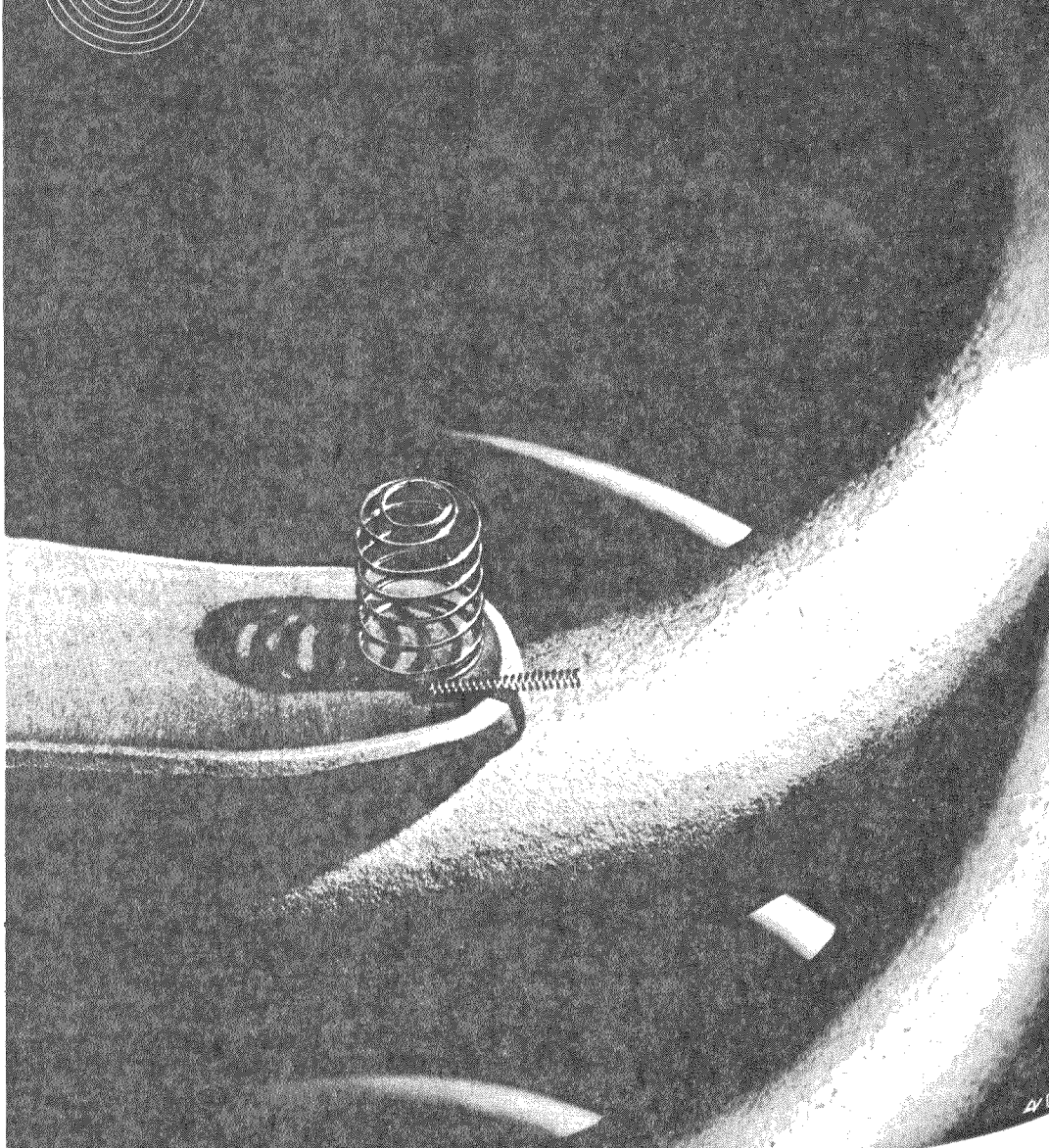
KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

BAUER KABA AG
 Postfach, 8620 Wetzikon I
 Tel. 01/931 61 11

FEDERN

in jeder Grösse
 für jede Verwendung

Baumann & Cie. AG
 8630 Rüti/Zürich, Schweiz
 Telefon: (055) 86 12 12



Von den Direktbetroffenen abgelehnt

IRG –unerwünschte Staatskrücke

Gegenwärtig läuft die Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Einführung einer Innovationsrisikogarantie (IRG). Dieses Referendum wird von der FDP der Schweiz begrüsst. Im folgenden Beitrag werden die wesentlichen Gründe gegen dieses neue Instrument staatlicher Einflussnahme zusammengefasst:

Innovation – so heisst in einer Zeit technischer Umwälzungen das Schlagwort für eine erfolgreiche Entwicklung. Der Sprung zu neuen Technologien ist unbestreitbar nur auf Grund einer gesteigerten Innovationstätigkeit, durch Forschung und durch die Entwicklung neuer Produkte möglich. Die Schweiz ist in verschiedenen wichtigen Bereichen etwas in Rückstand geraten, die Innovationstätigkeit lässt da und dort zu wünschen übrig. Auf Grund dieser Diagnose schlug das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zu Beginn des vergangenen Jahres vor, eine sogenannte Innovationsrisikogarantie (IRG) des Bundes für kleine und mittlere Unternehmen einzuführen. Über eine direkte Versicherung des Risikokapitals für Neuentwicklungen beim Bund sollte die Innovationstätigkeit gefördert werden. Dieser Vorschlag ging zusätzlich von der Annahme aus, dass die teilweise Innovationsschwäche der Schweizer Wirtschaft auf einem Mangel an Risikokapital beruhe. Diese Annahme konnte bisher allerdings durch keine exakten Untersuchungen bestätigt werden.

Mehr Staatseingriffe?

Das Projekt des Volkswirtschaftsdepartementes sah einen grossen Spielraum für Staatseingriffe vor. Die vorgeschlagene IRG hatte zu einer Abwälzung des Verlustrisikos auf den Staat geführt. Auf Grund einer breiten Opposition, insbesondere seitens der direkt Betroffenen, also der Wirtschaft selber, wurde das sehr weit gehende ursprüngliche Projekt einer Abmagerungskur unterzogen. Die

Einflussnahme des Bundes wurde etwas verringert, er wurde vom direkten Versicherer zum Rückversicherer umfunktioniert. Der Bund beschränkt sich demnach auf Garantiezusagen an private Risikokapitalgesellschaften, Finanzierungsinstitutionen und Bürgschaftsorganisationen, die Innovationsprojekte finanzieren. Im weiteren wurden Steuererleichterungen für Firmen mit Projekten gewährt, welche die IRG in Anspruch nehmen. Nachdem in der Sommersession der eidgenössischen Räte der Ständerat zu diesem reduzierten Projekt Ja gesagt hatte, wurde es in der Herbstsession auch vom Nationalrat nach harter Debatte genehmigt.

Was ist nun von dieser «neuen» IRG aus wirtschaftlicher Sicht zu halten? Vorab muss klargestellt werden, dass auch das reduzierte Projekt gegen den Widerstand weite Teile der Wirtschaft zustande kam, obwohl diese ja eigentlich davon profitieren müsste. Dieser Widerstand hatte seine guten Gründe. Ob der Bund nun als direkter Versicherer oder als Rückversicherer auftritt, ändert nichts an der Tatsache, dass die IRG der marktwirtschaftlichen Ordnung widerspricht. Diese besagt, und das ist zentral, dass sowohl die Gewinnchance als auch das Verlustrisiko beim einzelnen Unternehmer bleiben müssen. Ist dies nicht mehr der Fall, werden völlig falsche Anreize gesetzt. Genau dies wird bei der IRG getan, dem Unternehmen wird das Verlustrisiko bei einer Neuentwicklung teilweise abgenommen. Dies geht Hand in Hand mit immer noch zu grossen Eingriffsmöglichkeiten des Staates, der seine Garantiezusagen nach wie vor an verschiedene Bedingungen knüpft.

Fragwürdige Steuererleichterungen

Ein weiterer grundsätzlicher Einwand betrifft den Charakter der Symptomtherapie, der dem IRG-Projekt anhaftet. Die vorgesehene projektbezogene Einzelhilfe mag in einzelnen Fällen einem Unternehmen wohl etwas nützen, gesamtwirtschaftlich geht sie aber weitgehend an den Ursachen des Problems vorbei. Die Ursachen der teilweisen Innovationsschwäche sind weniger in mangelndem Risikokapital als in der allgemeinen Ausgestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu suchen. Diese müssen verbessert werden, mit dem Ziel einer Stärkung der Ertragskraft der Unternehmen. Nur so ist die Bildung von Eigenkapital möglich, das zur Finanzierung von Innovationsvorhaben eingesetzt werden kann. Eine Massnahme unter vielen, die in diese Richtung wirkt, wäre die längst überfällige Elimination der Investitionsbesteuerung. In diesen Bereich gehört auch die Forderung einer besser

An alle Schweizer Steuerzahler! Referendum gegen die Innovationsrisikogarantie!

Am 5. Oktober 1984 haben die eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über die Innovationsrisikogarantie zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen (IRG) verabschiedet, der ein weiteres Eingreifen des Staates in unsere Wirtschaft zur Folge hätte. Dem Bund dürften daraus (im Zeitraum von 10 Jahren) Mehrausgaben von mindestens 100 Millionen Franken erwachsen. Viel bedenklicher als der rein finanzpolitische Fehltritt sind für uns die grundsätzlichen, wirtschafts- und staatspolitisch gefährlichen Tendenzen. Im Interesse einer funktionstüchtigen Marktwirtschaft wenden wir uns dagegen, dass

- staatliche Instanzen über unternehmerische Innovationsprojekte mitentscheiden;
- Risiken von Finanzierungsinstitutionen und ausschliesslich privater Kapitalgeber mit Steuergeldern versichert werden.

Wir sind der Überzeugung – und die Erfahrung bestätigt es –, dass der

- Finanzplatz Schweiz stark genug ist, um die Wirtschaft ohne Staatszuschüsse selbständig, ausreichend und gut mit Geld zu versorgen

NR Dr. Peter Aliesch (GR)
NR Dr. Peter Sager (BE)
NR Verena Spoerry (ZH)

NR Kaspar Villiger (LU)
SR Markus Kündig (ZG)
SR Dr. Hans Letsch (AG)

SR Franco Matossi (TG)
SR Hubert Reymond (VD)
SR Jakob Stucki (ZH)

Referendum Innovationsrisikogarantie

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Artikel 89 der Bundesverfassung, dass der Bundesbeschluss vom 5. Oktober 1984 über die Innovationsrisikogarantie zugunsten von kleinen und mittleren Unternehmen der Volksabstimmung unterbreitet wird.

Auf diesem Bogen dürfen nur Stimmberechtigte der gleichen Gemeinde unterzeichnen. Der Bürger, welcher das Begehren unterstützen will, hat es **eigenhändig** zu unterzeichnen. Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Politische Gemeinde: _____ Kanton: _____

Name und Vorname (handschriftlich und möglichst in Blockschrift)	Jahrgang	Strasse, Hausnummer	leer lassen

Stimmrechtsbescheinigung durch die Gemeinde (wird durch das Komitee eingeholt). Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt, dass _____ obenstehende Unterzeichner in eidg. Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in dieser Gemeinde ausüben.

Ort und Datum: _____
Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson: _____
(eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ablauf der Referendumsfrist: 14. Januar 1985

Amtsstempel: _____

Bitte den mit Unterschriften versehenen Bogen ausschneiden und so rasch als möglich an folgende Adresse schicken:

Komitee IRG-Referendum, Postfach 2721, 3001 Bern

auf die aktuellen Bedürfnisse (Informatik!) abgestimmten Aus- und Weiterbildung auf allen Schulstufen.

Als letztes zentrales Argument gegen die eingeführte IRG müssen die Steuererleichterungen für die betreffenden Projekte und Firmen erwähnt werden. Steuererleichterungen sind an sich eine von der Wirtschaft häufig vorgelegene Forderung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Im vorliegenden Falle verkehrt sich aber die positive Wirkung solcher Erleichterungen dadurch, dass sie nur den die IRG beanspruchenden Firmen zugestanden werden, in ihr Gegenteil. Es liegt im übrigen auf der Hand, dass

durch die IRG vor allem schlechte Risiken, in hohem Masse unsichere Projekte, angezogen werden. Zudem werden die Unternehmen, die bereit sind, das Risiko selbst zu tragen, bestraft; sie geniessen keine Erleichterungen, ihnen wird die Innovation im Gegenteil schwermgemacht.

Verzerrungen im Marktgefüge

Einmal mehr zeigt sich die grundsätzliche Problematik von staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft: sie führen in aller Regel zu mehr oder weniger schweren Verzerrungen im Marktgefüge, die unerwünschte Konsequenzen nach sich ziehen. Betrachtet man die

wirtschaftliche Situation mit Blick auf die IRG als Ganzes, so tritt ein frappanter Widerspruch zutage: Einerseits behindert der Staat, insbesondere über die Steuererlasse, die Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Andererseits wird eine neue staatliche Institution ins Leben gerufen, welche, notabene teilweise mit Steuergeldern, die Innovationstätigkeit fördern soll. Eine derartige, symptomorientierte Wirtschaftspolitik geht in die falsche Richtung. Es drängt sich vermehrt eine Wirtschaftspolitik auf, die sich an gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert und die insbesondere bei den Ursachen eines Problems ansetzt.

Terminkalender für 1985 der FDP der Schweiz

Januar	25.	Geschäftsleitung Delegiertenrat a. o. Delegierten- versammlung (Bern)
März	4., 10.45	Geschäftsleitung Delegiertenrat
April	18. nachm. 19. mittags 19./20.	Geschäftsleitung (Davos) Delegiertenrat (Davos) Parteitag (Davos)
Mai	10., 10.45	Geschäftsleitung
Juni	21.	Geschäftsleitung Delegiertenrat
August	16.	Geschäftsleitung Delegiertenrat a. o. Delegierten- versammlung (Bern)
Oktober	4.	Geschäftsleitung
November	1. nachm. 2. 10.00	Geschäftsleitung Delegiertenrat a. o. Delegierten- versammlung (Bern)
Dezember	13.	Geschäftsleitung

Unsere Spezialität:
Vermögensverwaltung –
persönlich,
leistungsbezogen,
integral.

Unsere Anlagepolitik:
Traditionell schweizerisch –
weltweit orientiert.

BANK VONTOBEL
Zürich

Bahnhofstrasse 3 · CH-8022 Zürich
Tel. Bank: 01/488 7111 Tel. Börse: 01/211 82 70
Telegramm: CAPBANK · Telex: 812306

Umfrage bei den Partei-Generalsekretären

Meinungen zur Zauberformel

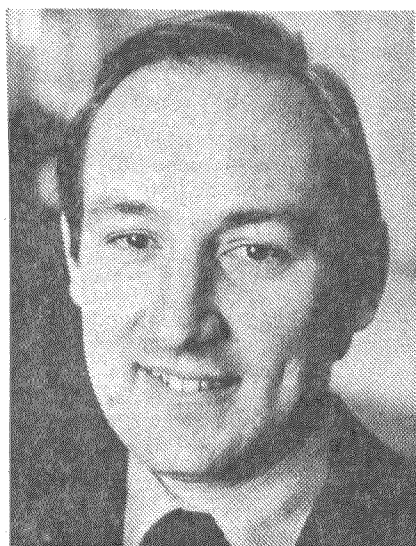
Zum Jubiläum «25 Jahre Zauberformel» hat «Der Freisinn» die Generalsekretäre der vier Bundesratsparteien (CVP, FDP, SP und SVP) sowie des Landesrings und der Poch – als sogenannt stärksten «Oppositionsgruppierungen» – gebeten, dieses Ereignis aus ihrer Sicht zu würdigen. Leider haben auf die Umfrage nicht alle Angefragten reagiert.

Stellung genommen haben die Generalsekretäre der CVP, des Landesrings und der SVP sowie selbstverständlich der FDP. Ihre

Äusserungen spiegeln die unterschiedliche Beurteilung der Zauberformel in einer überaus bemerkenswerten Weise wider.

Ein schweizerisches Eigenfabrikat

Von CVP-Generalsekretär Dr. Hans Peter Fagagnini



Die am 17. Dezember 1959 geborene Zauberformel hat schon manchen Geburtstag feiern können. Ihrem Alter nach vor fünf Jahren volljährig geworden, wurden ihre Gedenktage im allgemeinen ruhig und ohne viel Aufhebens begangen. Eine eigentliche Probe hatte sie erst in diesem Jahre zu bestehen, als die Sozialdemokraten sich mit ihrem möglichen Auszug aus dem Bundesrat befassten. Andere Diskussionen über mögliche neue Zusammensetzungen bedeuteten dagegen nie mehr als politische Geplänkel, die jedesmal im Sand verliefen.

Zu Recht haben vor allem freisinnige Politiker vor 25 Jahren darauf hingewiesen, die Zauberformel sei von CVP-Seite «ausgeheckt» worden. Es ging damals darum – so Generalsekretär Martin Rosenberg als einer der Schöpfer –, die grossen Parteien an der Landesregierung und damit an der Verantwortung zu beteiligen und die Zusammensetzung des Bundesrates mit der politischen Kräftekonstellation im Volk in Übereinstimmung zu bringen.

Heute, 25 Jahre später, kommt der Zauberformel, die nichts anderes als einen Verteilungsschlüssel bedeutet, im Grunde noch immer dieselbe Bedeutung zu. Sie ist als solche ein typisches schweizerisches Eigenfabrikat, das im Ausland gleichermassen auf Bewunderung wie auf Unverständnis stösst. Noch heute repräsentiert diese Formel über drei Viertel der Wählerschaft. Und auch im noch verbleibenden Viertel stösst sie auf sehr viel Zustimmung.

Diese breite Zustimmung macht eine Bilanz schwierig und einfach zugleich. Einfach wird die Bilanz für den, der sich nur auf den breiten Konsens bezieht. In der Tat präsentiert sich die Zauberformel bzw. die breite Zusammensetzung des Bundesrates als eine Art Tagsatzung des 20. Jahrhunderts. Darin soll gütliches Einvernehmen unter politischen Konkurrenten erprobt und praktiziert werden. Unter diesem Segel hat die Zauberformel der Schweiz sehr viel segensreiche Ergebnisse gebracht: politische Stabilität vorab, ohne die eine gedeihliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung kaum möglich ist. Dann wurden aber auch manche Probleme einer Lösung zugeführt. Wichtigste Fragen der Sozial-

Bildungs- und sogar der Finanzpolitik konnten – zwar nach Anläufen – bearbeitet werden. Selbst konjunkturelle Sorgen konnten zum guten Teil gemeinsam getragen werden.

Schwieriger wird die Bilanz für den, der mit ansehen muss, wie

Etwas entzaubert

Von SVP-Generalsekretär Dr. Max Friedli

Wenn die vier Bundesratsparteien demnächst auf 25 Jahre Zauberformel zurückblicken können, so ist dies für sie kaum Anlass zu grossen Feiern. Zu gegenwärtig ist noch die heftige, bis heute nicht völlig abgeklungene Auseinandersetzung in den Reihen des «jüngsten» Partners um die Frage, ob er aus der Koalition ausseren und künftig in Opposition machen wolle.

Trotz diesen und anderen Dissonanzen ist nicht zu bestreiten, dass die Formel 2:2:2:1 die schweizerische Politik im verflossenen Vierteljahrhundert entscheidend geprägt und unserem Land politische Stabilität und damit indirekt auch ein wesentliches Mass an Vertrauen des Bürgers in die politischen Strukturen gebracht hat. Andererseits ist nicht zu verkennen, dass der gleiche Bürger nicht selten in der Gesetzgebung eindeutige Konzepte und vorab in Volksabstimmungen klare Fragestellungen vermisst und unter dem Eindruck steht, der «gut eidgenössische Kompromiss» beherrsche das politische Feld. Wie weit diese oft gehörte Kritik mit der geringen Stimmbeteiligung zusammenhängt, bleibe dahingestellt.

Die Zauberformel stellt an die beteiligten politischen Parteien hohe Anforderungen. Denn «zusammen regieren» bedeutet mehr als Einflussnahme auf die Gestaltung der Sachgeschäfte bereits in der Exekutive, mehr als direkte Mitsprache in allen Obliegenheiten des Gesamtbundesrates, mehr schliesslich als Aufgabenerfüllung im «eigenen» Departement. Die Regierungsbeteiligung verlangt eine Ausgewogenheit zwischen eigenständiger und profilierter Politik einerseits und Loyalität gegenüber den auf bundesrätlicher und parlamentarischer Ebene gefassten Beschlüssen andererseits. Unter der Zauberformel handelt jede der vier Regierungsparteien völlig autonom, legt jede ihre eigenen Programmziele fest, gewichtet sie und bestimmt den hierfür einzuschlagenden Weg. Auch die Ausgabe der Parteiparolen zu den Abstimmungsvorlagen liegt im Rahmen dieser unbestrittenen Selbständigkeit.

Andererseits setzt die Formel doch auch ein gewisses Mass an Gemeinsamkeiten, an Übereinstimmung in den Grundfragen unseres Staates voraus. Erwähnt seien unter anderem die Wahrung der Unabhängigkeit des Landes und mithin das Eintreten für eine Armee, die dieser Aufgabe gerecht zu werden vermag, die Bejahung demokratischer Grundsätze und damit der Verzicht auf jede Gewaltanwendung in der Politik.

auch unseren Institutionen gegenüber Zweifel gesät werden. Auch wenn Regierung und Parlament immer wieder den Beweis erbringen, dass sie das nötige Sensorium für die Probleme der Zeit haben, fordert gütliches Einvernehmen oft sehr viel, zuweilen zuviel Geduld ab. Nicht selten ist es auch schwierig, genau auszumachen, welcher politischer Kraft wieviel Überzeugungsarbeit zukommt. Eintopfgerichte finden nicht immer denselben Gefallen. Und doch: wer ausbrechen will, muss bald einmal konstatieren, dass ihn der Konkordanz-Alltag relativ rasch wieder einholt, will er sich nicht selbst ins politische Abseits begeben. Denn eines vergessen Kritiker gerne: dass ein enger Bezug der Zauberformel zur direkten Demokratie besteht. Ob man die Zauberformel liebt oder nicht, sie ist so etwas wie ein Kind der Volksrechte, auf die kein Schweizer freiwillig verzichtet. Darum meine ich, dass sich die Zauberformel erst dann ändern lässt, wenn sich auch in der Kräftekonstellation im Volk bedeutende Veränderungen ergeben, dass sich ein neues Aggioramento aufdrängt.



Über die Zweckmässigkeit der Zauberformel ist in den letzten Jahren immer wieder diskutiert worden. Nachdem die vier Bundesratsparteien im Anschluss an die letzten Wahlen ihre Zusammenarbeit einer grundsätzlichen

und auch kritischen Würdigung unterzogen haben, sind hier zweifellos Verbesserungen festzustellen.

So einigte man sich Ende 1983 auf einen gemeinsamen Prioritätenkatalog für die laufende Legislaturperiode, und kürzlich wurde das vereint erarbeitete Massnahmenpaket zum Umweltschutz präsentiert, in welchem zuhanden des Bundesrates klare Forderungen im Bereich der Luftreinhaltung erhoben werden. Diese verstärkte Zusammenarbeit ist zu begrüssen. Sie wird aber in jenen Fragen an Grenzen stossen, die politische und weltanschauliche Grundsatzprobleme beinhalten und wo der parteipolitische Standort wenig Ermessensspielraum offen lässt.

Die Schweizerische Volkspartei ist seit 1929 im Bundesrat vertreten, und sie hat somit seit über 50 Jahren Anteil an der Regierungsverantwortung. Ihre Einsitznahme im Bundesrat basierte nicht auf einer Zauberformel, sondern entsprang seinerzeit dem Wunsch nach breiterer Verteilung der Verantwortung im bürgerlichen Lager. Demgegenüber schuf der Einzug der Sozialdemokraten, die damals wie heute über die Grenzen staatlicher Tätigkeit und eine optimale Gesellschafts- und Eigentumsordnung wesentlich andere Vorstellungen haben als ihre bürgerlichen Partner, eine völlig neue Ausgangssituation. Dies kommt in der praktischen Politik mitunter deutlich zum Ausdruck.

Eines ist sicher: Die Zauberformel gehört nicht per se zum System der schweizerischen Demokratie. Unser Land wäre – wie die Vergangenheit zeigt – auch ohne Zauberformel regierbar und zur Weiterentwicklung seiner Strukturen und seiner Rechtsordnung fähig. Möglich, dass die politischen Auseinandersetzungen härter würden, doch andererseits erfolgten klarere Abgrenzungen, und der Bürger sähe deutlicher, wofür oder wogegen er seine Stimme abgibt.

Alles in allem scheinen die Vorteile der Zauberformel derzeit stärker ins Gewicht zu fallen als deren Nachteile, doch ohne dass die Waagschalen deswegen auf dem Gleichgewicht gerieten.

Ja, aber nicht unter allen Bedingungen

Von FDP-Generalsekretär Fürsprecher Hans Rudolf Leuenberger



Wenn es darum geht, Bilanz zu ziehen, möchte ich vorausschicken, dass die FDP die Zauberformel nicht gesucht hat. Deshalb ist dieses Jubiläum für die Partei auch kein Grund zum Feiern. Die FDP ist jedoch bereits vor 1959 für eine Mitbeteiligung und Mitverantwortung der Sozialdemokratie in der Landesregierung eingetreten. Sie sprach sich aber immer gegen eine sture Proportionalisierung aus. Auch nach dem überraschenden und spektakulären Ausscheiden von SP-Bundesrat Max Weber aus der obersten Landesbehörde 1953 hielt die Partei am Grundsatz fest, dass alle politisch relevanten Gruppen in diesem Lande an der Regierung beteiligt sein sollten.

Die Zauberformel von 1959 wurde weder von der Partei noch von der Fraktion angestrebt. Die neue parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrates entsprach einer Forderung der SP sowie vor allem der CVP, den damalig Konservativ-Christlichsozialen, die aus historischem Ressentiment durch das Zusammengehen mit der SP eine Schwächung der FDP anstrebte. Die FDP hat die Formel – einmal zur Tatsache geworden – loyal und konsequent anerkannt. Unsere Partei sieht heute keinen Grund, an der Zauberformel zu rütteln. Aber sie ist auch nicht bereit, um jeden Preis daran festzuhalten.

Fortsetzung auf Seite 7

TENNISHALLEN

Aesch
Tennis und Racquetball Aesch, Eichacherstr. 14, 8904 Aesch b. Birmsdorf. Anzahl Plätze gedeckt: 6. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 19.– bis Fr. 37.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 510.– bis Fr. 1050.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 01/737 31 66.

Dietikon
Tenniscenter Lerzen, Lerzenstr. 27, 8953 Dietikon. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Velours. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 35.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 600.– bis Fr. 950.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 01/740 11 66.

Langenthal
Tenniscenter Dreilinden, 4900 Langenthal. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 31.–. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 400.– bis Fr. 840.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 063/22 22 29.

Pratteln
Tennishalle in den Sandgruben. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: Granulat. Fr. 20.–/22.– pro Std. Reservation: 061/81 62 71.

Hotel PARK Arosa
Ausseplatz: Succo-Matte Std. Fr. 12.–. Tennishalle: Teppich Std. Fr. 20.– bis 35.–. Im Sommer: Intensiv Tenniskurs für Fortgeschrittene bis Anfänger. Hallenbad. Reservation: 081/31 01 65.

Dierikon
Tenniscenter Dierikon, Tennisclub Migros, Kantonsstrasse, 6036 Dierikon. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 041/91 28 98.

Münsingen
Hallentennisclub AG, Sandreutenen 1, 3110 Münsingen. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.– bis Fr. 28.–. Saisonabonnement: 28 Std. von Fr. 504.– bis Fr. 728.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 031/92 41 92.

Rümikon
Tenniscenter Groval AG, 8352 Rümikon. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Reservation: 052/36 12 47.

Basel
Sporthalle St. Jakob, Brülingerstr. 21, 4000 Basel. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Kunststoff. Reservation: 061/42 88 96.

Engelberg
Sportcenter Erlen, Engelbergerstr. 11, 9390 Engelberg. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: textile Basismatte mit Gleitmischung. Preis pro Einzelstunde: Fr. 26.– bis Fr. 29.– mit Gästekarte, Fr. 28.– bis Fr. 31.– ohne Gästekarte. Video, 10er Abo (8x), Ski + Tennis. Reservation: 041/94 34 94.

Zürich
Grasshopper-Halle, August-Forel-Strasse, 8008 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Nur für Mitglieder des TC Grasshopper.

Bern
Hallen-TC, Guisanplatz, 3004 Bern. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Reservation: 031/41 42 11.

Lachen
Tennishalle March, Feldmoosstr. 49, 8853 Lachen. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 22.– bis Fr. 32.–. Einzelkationen, Gruppenkurse. Reservation: 055/63 43 22.

Nidau
Tennishalle Zühl AG, Zühlstrasse 74, 2560 Nidau. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 032/23 69 39.

Zürich
SC Bankverein, Bucheggplatz. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 01/361 09 22.

Chur
TC Chur, 7000 Chur. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: Teppich. Reservation: 081/24 21 31.

Oberengstringen
Tenniscenter-Träff, Neugutstr. 3, 8102 Oberengstringen. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Velours. Reservation: 01/750 40 50.

Zürich
TC Schweiz, Bankgesellschaft, Oberer Heuelsteig, 8032 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation (beschränkt möglich): 01/234 35 25.

Fortsetzung von Seite 6

Diese Position haben Partei und Fraktion im Vorfeld der SP-internen Auseinandersetzung um die Regierungsbeteiligung zu Beginn dieses Jahres ausdrücklich festgehalten.

Die Zauberformel ist für unser Land zumindest bis heute auf der Positivseite zu verbuchen. Auch wenn wir Freisinnigen in verschiedenen Punkten nicht zufrieden sind – ich erinnere an die Lage der Bundesfinanzen, an den nur allmählich abnehmenden Trend zu immer mehr Staat, die ungebrochene Gesetzesflut, die Zunahme der Staatseingriffe in der Wirtschaft –, ist gesamthaft gesehen eine positive Bilanz zu ziehen. Sicher, es würde in diesem Lande einiges anders aussehen, wenn wir Freisinnigen die Mehrheit hätten. Aber weder wir noch die andern Regierungsparteien haben sie. Dies zwingt uns zum Kompromiss, zu Abstrichen an den eigenen Vorstellungen in der praktischen Alltagspolitik.

Dieser Zwang zum Kompromiss setzt allerdings von den an der Regierung beteiligten Parteien einen Willen zum Gespräch voraus als Grundlage für das notwendige Mass der Zusammenar-

beit. In den letzten Jahren ist das Ringen um Kompromisse härter geworden, da nicht mehr, wie in der Hochkonjunktur, der zu verteilende Kuchen immer grösser wird, sondern auch der Staat an die Grenze des Machbaren gestossen ist. Dies erschwert allen Parteien politische Aktionen. Vor allem, was zuzugeben ist, den Sozialdemokraten, die meistens kostenträchtige staatsinterventionistische Begehren zu stellen pflegen.

Um die grossen Probleme unserer Zeit ringen alle Parteien. Gerade deshalb ist es von Bedeutung, dass alle grossen Parteien des Landes indirekt Mitverantwortung tragen. Und dazu bietet die oft geschmähte, bestimmt nicht spektakuläre, letztlich aber doch erfolgreiche Zauberformel eine gewisse Gewähr. Auch wenn die Zauberformel die Parteien in ihrem Bestreben nach Profilierung einschränkt. Ohne Profilierung können aber die Parteien kaum leben. So müssen die Regierungsparteien immer wieder das richtige Mass zwischen eigenständiger Politik und Zusammenarbeit definieren. Auf dieser Basis ist die FDP bereit, an der Zauberformel festzuhalten.

Fortsetzung von Seite 1

Ausdehnung des Kulturbegriffs auf Parteiarbeit ablehnen. Das ist aber bei der Funktion, die diese in einem freien Staat erfüllt, unbegründet. Schon oft konnte man hören, dass gebildete Menschen fasziniert auf die frühere Geschichte zurückblendeten, aber die gegenwärtigen Auseinander-

setzungen als ekelhaft taxierten. Jede Zeit hat ihre spannende Bewegtheit, und im politischen Kleinkram wird oft die Basis geschaffen, auf der Grösseres sich später erhebt. Es gibt keinen Grund, diese Arbeit in den Gräben des Terrains als minderwertig einzustufen, auch wenn man sie gerne den andern überlässt.

die sich im Beruf so viel stärker engagieren müssen, dass ihnen wenig Zeit für die politische Arbeit bleibt.

Ferner zwingt der technische Fortschritt zu immer tieferen Spezialisierungen. Damit konnten die politischen Parteien nicht Schritt halten; Verbände und Organe laufen ihnen den Rang ab.

Wovon sollen Parteien leben?

Schliesslich ist die Politik ausserordentlich komplex und unübersichtlich geworden, was belastend wirkt. Neue, mehr oder weniger staatskritische Parteien tauchen auf, die kaum Verantwortung tragen wollen oder können, die sich vielmehr jedem neuen Problem oder Modetrend zuwenden und damit dem Staatsbürger Entlastung oder Problemlösung vortäuschen. Im Grunde gefährden sie bloss den Konsens als Grundlage der offenen Gesellschaft und erschweren zusätzlich die Arbeit staatstragender Parteien.

So ergibt es sich, dass die eher materiellen Motive, die einen Staatsbürger zum Eintritt in eine Partei veranlassen, weitgehend geschwunden sind. Wovon sollen die Parteien noch leben, wenn die ideellen Motive zum Parteibeitritt – das staatsbürgerliche Verantwortungsgefühl – noch nicht genügend entwickelt ist? Ist es da ein Wunder, wenn Parteien sich nach neuen Geldquellen umsehen müssen?

Der Zwang dazu kommt letztlich vom Staatsbürger selbst, der die politischen Parteien als überflüssig oder gar als lästig betrachtet. Daher ist keiner legitimiert, an den Parteien und ihren Finanzierungsproblemen Kritik zu üben, der nicht selbst einer Partei angehört und so sein Scherflein zum Funktionieren der offenen Gesellschaft beiträgt.

Sager: Wer darf Parteien kritisieren?

Die Finanzierungsprobleme politischer Parteien werden zum Diskussionsthema in fast allen Demokratien. In der Bundesrepublik hat die Affäre der Spendengelder hohe Wellen geschlagen; in Italien bestanden Unklarheiten bezüglich der P2-Loge; in den USA gelangen die Zuwendungen an die Parteien periodisch in die Angriffslinie der Medien; in der Schweiz war die SP einige Zeit beim Bund verschuldet und muss der bernische Regierungsrat eine Untersuchung über Abstimmungsunterschätzungen erdulden; der PdA wurde ein Subventionsbezug aus der Sowjetunion vorgeworfen.



Jahren gab es praktisch nur eine Parteipresse, in welcher neben der Information auch der Standpunkt der Partei dargelegt werden konnte. Mit dem Verlust dieser Stellung haben die Parteien den Kontakt mit der Basis streckenweise eingebüsst.

Überdies haben die Parteien sehr weitgehend auch die Möglichkeit breiter Stellenvermittlung in Beamten verloren. Früher musste sich der Interessent für eine Stelle bei der Verwaltung rasch einer Partei anschliessen; heute ist die Parteizugehörigkeit gelegentlich sogar ein Hinderungsgrund für die Einstellung.

Der Mitgliederschwund hat sodann eine weitere Ursache in der Überforderung der Zeitgenossen,

Nach wie vor unersetzlich

Diese mannigfaltigen Symptome beleuchten die schwierige Lage der politischen Parteien. Sie sind nach wie vor unersetzliche Instrumente der politischen Willensbildung in der offenen Gesellschaft. Aber sie haben im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte ihre einst führende Stellung verloren und sind auf eine für die Demokratie gefährliche Weise geschwächt worden. Direkt oder mittelbar ist diese Entwicklung dem technischen Fortschritt anzulasten, was folgende Hinweise bezeugen.

Zunächst hat die moderne Kommunikation das früher bestehende Informationsmonopol der Parteien gebrochen. Noch vor 50

heute mehren sich die Zeichen: Ohne Umdenken sind wir alle bald einmal ganz am Ende. Dies hat nichts mit düsterer Untergangsprophetie zu tun, sondern mit Realitäten: Die Grenzen des Wachstums scheinen endgültig erreicht zu sein.

Wir leben in einer rasch sich wandelnden Zeit. Es ist auch eine Zeit des Umbruchs, der Neuorientierung. Neue Fragen rufen nach neuen Lösungen. Diese Probleme lassen sich aber schwerlich mit dem Politarsenal von vorgestern lösen. Unter diesen Umständen muss sich die Erstarrung in eine festgefügte, nur noch fortge-

schriebene Machtverteilung via Regierungsbeteiligung fatal auswirken. Das Element der dynamischen Erneuerung fehlt. Politik beschränkt sich auf das Fortschreiben des Status quo. Sie ist unfähig, sowohl auf neue Fragen rasche Antworten zu geben als auch wegweisende Leitbilder zu entwickeln und umzusetzen. Der «Denkplatz Schweiz» ist in der Zauberformel nicht vorgesehen.

Zur Illustration ein konkretes Beispiel: Bei allen «grünen» Fragen verlaufen die Fronten quer durch alle traditionellen Parteien hindurch. Damit bestätigt sich, dass das gängige und bequeme

Links-Rechts-Schema immer mehr ausgedient hat. Aber genau vor diesem Hintergrund ist die Zauberformel entstanden. Die Gefahr wächst, dass die heutige Welt im Umbruch die Zauberformel sozusagen von innen heraus aushöhlt. Es ist primär Aufgabe der vier Bundesratsparteien, dafür besorgt zu sein, dass dies nicht eintritt. Ob es ihnen gelingt, wird die Zukunft weisen. Tun sie es aber nicht selber und entschlossen, so wird ihnen die Entwicklung über kurz oder lang das Heft aus der Hand nehmen. Ob dies in ihrem Interesse ist, müssen sie selber entscheiden.

Zauberformel im Dilemma

Von LdU-Landesgeschäftsführer Dr. Jürg Schultheiss

Mit der Lösung von vorgestern die Probleme von übermorgen angehen zu müssen. Dieser Satz deckt formelhaft das Dilemma auf, in der sich die «Zauberformel» und damit die vier Bundesratsparteien heute befinden. Was vor 25 Jahren eine wegweisende Neuorientierung dargestellt hat, entwickelt sich je länger desto mehr zu einer schweren Hypothek. Der Grund: Die Rahmenbedingungen haben sich inzwischen grundlegend und entscheidend verändert.

Die historischen Verdienste der Zauberformel sind unbestritten. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, die Konkordanzdemokratie zu institutionalisieren und die politische Kultur zu fördern. Die Regierungskoalition hat unserem Lande eine Periode politischer Stabilität beschert. Und heute? Die Kultur ist am Verfall, «Schlammgeschlachten» sind besonders vor Wahlen Brauch.

Die Kehrseite der Medaille ist nicht mehr zu übersehen. Die Stabilität hat allgemein zur Versteinerung im Machtgefüge geführt. Der gut geschmierte Apparat kann nicht darüber hinwegtäuschen. Technik kommt vor Geist.



Verwaltung vor Ideen. Je länger, desto weniger sind die vier Regierungsparteien in der Lage, die heute drängenden Probleme effizient anzugehen und innert nützlicher Frist einer – politischen – Lösung zuzuführen. Der aussenstehende Beobachter muss immer wieder die Feststellung machen: Offensichtlich wiegt das parteipolitische Prestige mehr als schnelle, wirksame Lösungen. Deklamationen kommen vor Taten. Kurz: Die Zauberformel lähmt das zukunftsgerichtete Umdenken. Und

Création La Paz.

Es ist schon ein besonderes Vergnügen, kostbare Cigarren von vollendeter Form zu geniessen. Denn nichts geht über die Freuden von Auge und Gaumen.

Die «Geschmacks-Designer» von La Paz haben sich dieses uralten Gesetzes erinnert. Aus nur erstklassigen Tabaken haben sie eine ausgewogene Mélange komponiert, sie mit einem Umblatt von gleichmässiger Glimmfähigkeit und einem besonders makellosen Deckblatt zur Abrundung des aromatisch-milden Geschmacks umhüllt.

Und so die Extra Mild Panatellas mit künstlerischer Perfektion kreiert. Ohne Kunstgriffe. Und rein wie die Natur.

Die Cigarrenmacher von La Paz sind eben ihrer Zeit immer ein Stück voraus. Echte Connaisseurs wissen das.

Seit 1813.



Cigarros Autenticos.

Extra Mild Panatellas von La Paz in 10er-Blechdosen zu Fr. 9.- Nur im guten Fachhandel.

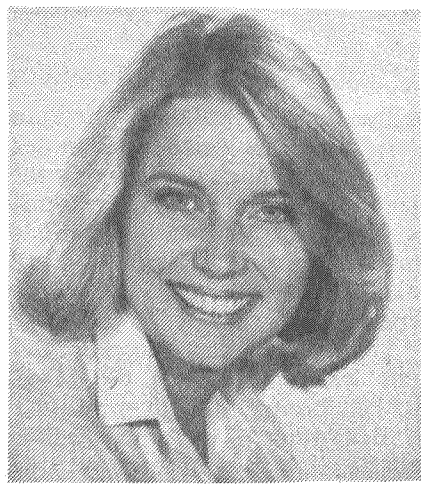
Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Was die Liberale Weltunion will

Internationaler Liberalismus als politische Chance

Mitte September führte die Liberal International (Liberale Weltunion - LI) in Tel Aviv ihren traditionellen Jahreskongress durch. Die LI ist der internationale Zusammenschluss liberaler Parteien aus allen Teilen der Welt. Zu ihren langjährigen Mitgliedern gehören auch die FDP und die Liberale Partei der Schweiz. Trotz grossem Engagement einzelner Schweizer Politiker für die Sache der Liberalen Weltunion ist diese Organisation in freisinnig-demokratischen Kreisen wenig bekannt. Maya Lindecker (Zürich), Mitglied der FDP-Delegation in Tel Aviv, gibt im folgenden einen Überblick über Wesen und Struktur der LI, deren Aktivitäten auch hierzulande mehr Beachtung verdienen würden.

Internationale Kontakte unter den Liberalen Europas reichen bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurück. Doch zu regelmässigen Zusammenkünften kam es erst im 20. Jahrhundert. 1924 wurde in Genf die entente internationale des partis radicaux et des partis démocratiques gegründet, die allerdings ihre Aktivitäten bereits zehn Jahre später wieder einstellte. Das 100-Jahr-Jubiläum der belgischen Liberalen im Sommer 1946 bot dann liberalen Politikern aus aller Welt Gelegenheit, erneut internationale Kontakte aufzunehmen.



«Erklärung von Oxford» ergänzt und 1981 im «Appell von Rom» weiter aktualisiert. Klarer als je zuvor wurde dort das Bekenntnis zur individuellen Selbstverantwortung und die Notwendigkeit einer Begrenzung des sozialen Wohlfahrtsstaates formuliert. Am Anfang war die LI in erster Linie ein Zusammenschluss liberaler Einzelpersonlichkeiten. Dem Patronatskomitee gehörten Männer wie Viscount Samuel, Benedetto Croce, Luigi Einaudi, Theodor Heuss und Wilhelm Röpke an. Als Präsident amtierte der ehemalige spanische Aussenminister und politische Philosoph Salvador de Madariaga. Die Schweiz war unter anderen durch den Zürcher Staatsrechtslehrer

Dietrich Schindler sowie den damaligen Chefredaktor der NZZ, Willy Bretscher, vertreten. Erst im Laufe der Zeit wurden auch liberale Parteien Mitglieder.

Ein Haus mit vielen Wohnungen

1963 waren es Parteien und Gruppen aus 15 Ländern. Wo die nationalen Parteien nicht selbst Mitglieder der LI werden konnten, liefen sämtliche Verbindungen über eigens zu diesem Zwecke konstituierte «Gruppen», denen in der Regel auch Persönlichkeiten ausserhalb der jeweiligen nationalen Parteien angehörten. Solche Gruppen gab es beispielsweise lange Zeit in Deutschland, Österreich und Frankreich. Heute zählt die LI über 20 Mitgliederparteien, darunter auch solche aus dem asiatischen und dem südamerikanischen Raum.

Die zahlenmässige Stärke der LI kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um ein schwerfälliges Gebilde handelt, sobald es darum geht, gemeinsame Marschrouten der praktischen Politik zu bestimmen. Der internationale Liberalismus ist ein Haus mit vielen Wohnungen. Er kennt - anders als beispielsweise der Weltkommunismus - keine führenden Modellparteien. Die einzelnen Mitgliederparteien unterscheiden sich teilweise sehr erheblich voneinander.

So vertreten etwa die skandinavischen und englischen Liberalen in der Sachpolitik vorwiegend linksliberale Positionen, während die niederländischen, belgischen, italienischen und schweizerischen liberalen Parteien eher ins Zentrum oder in die «rechte Mitte» des herkömmlichen Spektrums gehören. Das geschlossene Eintreten für die Achtung der Bürger- und Menschenrechte, für die Prinzipien der Marktwirtschaft und des Freihandels sowie für den demokratischen Rechtsstaat lässt die Mitglieder der LI aber über alle Landesgrenzen und sachpolitischen Divergenzen hinweg immer wieder zu einem nicht zu unterschätzenden politischen Faktor werden.

Ausweitung der Tätigkeit

Bis vor wenigen Jahren beschränkte sich die Aktivität der LI im wesentlichen auf Vorbereitung und Durchführung der Jahreskongresse und Exekutivkomiteesitzungen. Dabei konzentrierte sich das Interesse in den ersten beiden Jahrzehnten stark auf die Konfrontation mit dem kommunistischen Totalitarismus und auf die Einigung Europas.

Die wachsende internationale Interdependenz und die damit verbundenen Möglichkeiten erweiterter Aktivitäten über den europäischen Raum hinaus setzten dann in den siebziger Jahren breitangelegte Diskussionen über eine Reorganisation der Arbeitsweise in Gang. Kernproblem war dabei die missliche Finanzlage, was die politische Handlungsfähigkeit massiv einschränkte. Mittels einer Sonderfinanzierungsaktion unter schweizerischer Leitung gelang es, die materielle Basis für einen vollamtlichen Generalsekretär und weitere Verbesserungen der Infrastruktur sicherzustellen. Seit 1978 nimmt der Basler Liberale Urs Schöttli diese Aufgabe mit grossem Elan und entsprechendem Erfolg wahr. Die verbesserten Rahmenbedingungen fanden ihren Niederschlag in einer Vertiefung der Arbeit und in einer geographischen Ausweitung der Aktivitäten.

Verstärktes Engagement in der Dritten Welt

Gute Beziehungen bestehen zur ELD, der Europäischen Föderation der in der EG vertretenen liberalen Parteien, die im wesentlichen die europäischen Integrationspolitik abdeckt. Diese Arbeitsteilung ermöglichte es der LI,

sich vermehrt auch um liberale Kräfte in der Dritten Welt zu kümmern. Eine Delegation unter Führung von Richard Reich bereiste zu Anfang der achtziger Jahre Mittel- und Südamerika, woraus sich regelmässige Kontakte zu einer Reihe von Parteien und Regierungen ergeben haben. Die LI geht davon aus, dass solche Bestrebungen - wie gering ihr unmittelbarer Einfluss in Richtung einer Öffnung einzelner Regierungssysteme im Moment auch sein mag - mittelfristig doch Wirkung zeitigen können.

Liberalismus als Weg in die Zukunft

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit der LI liegt im ständigen Bemühen, die ideellen Grundlagen des Liberalismus zu aktualisieren und zu stärken sowie Mittel und Wege zu suchen, um die Öffentlichkeit und insbesondere die Jugend zu überzeugen, dass der Liberalismus keine abstrakte oder gar veraltete politische Theorie ist. Zwar ist er ohne Zweifel nach wie vor stark von den grossen geistigen Kapazitäten der Nachkriegszeit wie Röpke, Eucker oder Hayek geprägt, die mit ihren Werken die ideelle Basis zum weltweiten Siegeszug der liberalen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen hatten.

Doch liegt gerade hierin auch eine grosse Chance der jüngeren Generationen: Sie können auf dieser reichen geistigen Erbschaft weiterbauen und die liberale Lehre in der politischen Auseinandersetzung der Gegenwart und Zukunft aktualisieren und zeitgemäss konkretisieren. Die liberalen Grundwerte, die heute zu weiten Teilen auch von fast allen andern demokratischen Parteien zumindest theoretisch vertreten werden, sind nach wie vor hoch aktuell und zukunftsorientiert. Die liberale Konzeption von Gesellschaft und Wirtschaft wurde bisher von keinem anderen politischen System übertroffen; sie erweist sich im Gegenteil immer wieder von neuem als beste Form einer menschenwürdigen Politik.

Auf diesem Hintergrund ist auch die Tätigkeit der Liberalen Weltunion zu sehen. Gerade in einer Zeit wie der unsrigen, in der die weltweite Interdependenz je länger, je mehr an Bedeutung gewinnt und in grossen Teilen der Welt grundlegende politische Veränderungen im Gange sind, ist die internationale Präsenz des organisierten Liberalismus besonders wichtig. Sie verdient deshalb auch von schweizerischer Seite mehr Beachtung und Unterstützung.



Lese-Tips für «Freisinn»-Leser

Ein Sammelband Hans Letsch

Im AT-Verlag, Aarau, ist ein 240seitiger Sammelband mit Auszügen aus Reden und Aufsätzen des aargauischen Ständerates, Unternehmers und Wissenschaftlers Prof. Dr. Hans Letsch erschienen. Letsch ist dieses Jahr 60 Jahre alt geworden, Anlass für einen «Marschhalt», wie er ihn gegenüber einer überbordenden Ausgaben- und Steuerpolitik des Bundes immer und immer wieder gefordert hat. Die reiche publizistische und wissenschaftliche Tätigkeit, wie sie im «Geburtsband» zum Ausdruck kommt, zeugt vom nachhaltig-insistierenden und gesamthaft auch höchst erfolgreichen Einsatz des Politikers Letsch zugunsten einer freiheitlichen Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. In ihrer Einleitung stellen die Herausgeber Kurt Eichenberger, Fritz Halm, Hans Hemmeler, Markus Kündig und Kurt Lareida fest, dass die Haltung dieses Mannes sich auf wenige fundamentale Erkenntnisse stützt. Dieser geistigen «Marschpackung» ist Letsch treu geblieben, was auch den Respekt der politischen Gegner bewirkte. Letsch ist ein Meister der Vereinfachung, der Versachlichung, der Klärung; er meidet Polemik und laute Reden. Die rund dreissig im Band vereinigten Beiträge sind in drei Kapitel gegliedert: Wirtschaft zwischen Expansion und Stagnation, Finanz- und Steuerpolitik auf dem Prüfstand, Grundsätzliches zur schweizerischen Wirtschafts- und Steuerordnung. Auch in vielen anderen Fragen hat Letsch eine Weitsicht bewiesen, die sich oft erst langsam, aber dann doch allgemein durchgesetzt hat. Seine Erfolge lassen sich an den 18 parlamentarischen Vorstössen (in bisher 13 Nationalrats- und Ständeratsjahren) und an dem, was aus ihnen geworden ist, ablesen. Es waren keine thematischen «Eintagsfliegen» darunter; alle drehten sich um Wesentliches.

Hans Letsch: Wirtschaft und Staat im Strukturwandel der Gegenwart, AT-Verlag, Aarau, 240 Seiten.

Nach dem 2. Dezember: Klarer Auftrag

Die FDP nahm zum eidgenössischen Urnengang vom 2. Dezember wie folgt Stellung: Überaus befriedigt über den Ausgang des eidgenössischen Abstimmungswochenendes ist die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP). Im Ergebnis widerspiegeln sich die Parolenempfehlungen der Partei.

Das deutliche Nein der Stimmentenden zur verfehlten Mutterchaftsinitiative hat gezeigt, dass der darin vorgeschlagene Weg der falsche ist. Mit diesem Ergebnis, das eine klare Abfuhr an die politische Linke ist, wurde der Weg offengehalten für vernünftige und massvolle Verbesserungen des Schutzes der Mutterschaft. Das unmissverständliche Haltezeichen von Volk und Ständen darf nicht ohne Folgen bei der Beratung der hängigen und angekündigten Vorlagen im Sozialversicherungsbereich bleiben.

Sowohl zum Radio- und Fernsehartikel als auch zum Bundesbeschluss über die Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen sind nun die nötigen Gesetzesbestimmungen auszuarbeiten. In beiden Fällen wird das Augenmerk darauf zu richten sein, dass nicht etatistische und überperfekionierte Regelungen getroffen werden.

Bei der Hilfe für Verbrechenopfer soll der Staat nur

subsidiär in Erscheinung treten. Diese Aufgabe ist primär bereits bestehenden oder allenfalls noch zu schaffenden privaten Organisationen und Institutionen zu übertragen. Das Bundesengagement ist in engen Grenzen zu halten, die Verantwortung haben die Kantone zu tragen.

Nachdem in den letzten Jahren medienpolitische Entscheide getroffen worden sind, die zum Teil auf wackeligen Rechtsgrundlagen beruhen, ist die Gutheissung des Radio- und Fernsehartikels zu begrüssen. Aus dem Resultat ist ein Missbehagen gegenüber der SRG zu lesen. Die Zustimmung zur Vorlage ist kein Freipass für eine Etatisierung und Bürokratisierung des schweizerischen Medienwesens.

Bei der kommenden Gesetzgebung ist das Schwergewicht nicht auf mehr Rechtsetzung, sondern auf mehr Wettbewerb zu legen, der letztlich bessere Leistungen und damit bessere (und ausgewogenere) Programme gewährleistet. Erwartet wird nicht ein staatliches Aufsichts- und Interventionsinstrumentarium, das am Ende sogar die Pressefreiheit gefährden würde, sondern angemessene Rahmenbedingungen für die elektronischen Medien, die den publizistischen Wettbewerb im Ather gewährleisten.



MANCHMAL IST DIE RICHTIGE ANTWORT NEIN.

Unsere Kunden sagen ja zu uns, weil wir wissen, wann wir einmal nein sagen müssen. Auch das gehört zur Fine Art of Banking.

JB^{co}B
BANK JULIUS BÄR
THE FINE ART OF BANKING
Zürich London New York